

Pressemitteilung

Alte Weinsteige 48
70180 Stuttgart

Ihr Ansprechpartner:

Landesvorsitzender

BM Wolfgang Faißt

✉: wolfgang.faisst@freiewaehler.de

☎: 0163 - 7061 120

☎: 07159 - 924 120

🌐: www.freiewaehler.org

12. September 2017

Familien in der Klemme: Betreuungsbedarf steigt - Fachkräfte Fehlanzeige!
Landesvorsitzender BM Wolfgang Faißt fordert: Kinderbetreuung neu denken! Politik – Eltern – Unternehmen – Kommunen: Alle sind gefordert, neue Betreuungsformen zu finden, zu ermöglichen und zu unterstützen.

Ja - wir liegen bei der Kinderbetreuung vorn, das hat die Bertelsmannstiftung festgestellt. Danke vor allem an unsere Städte und Gemeinden, die als Träger der Einrichtungen für den Bau und Betrieb in der Regel zuständig sind. Danke sagen wir auch an das Land Baden-Württemberg, das die Notwendigkeit und die grundlegende Bedeutung der Arbeit in den Kitas gesehen und mit dem Pakt für Familien, ihren Beitrag an der Finanzierung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe geleistet hat.

"Wir haben aber auch weiterhin einen zunehmenden Bedarf an Ganztagesbetreuungsplätzen und damit benötigen wir auch immer mehr Fachpersonal", stellt Landesvorsitzender Wolfgang Faißt fest. Der Beruf der Erzieher/innen muss deshalb noch attraktiver werden. Dazu gehört eine aufgabengerechte Bezahlung, ein guter Personalschlüssel, qualifizierte Fachberatung und Supervision und nicht zuletzt auch umfassende Weiterbildungsmöglichkeiten. "Doch bei allen Bemühungen, junge Menschen für die Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher zu gewinnen, werden diese angesichts der bekannten demografischen Entwicklung bei weitem nicht ausreichen, um den Betreuungsbedarf zu decken", dessen ist sich der Landesvorsitzende und Renninger Bürgermeister absolut sicher.

Der Fachkräftemarkt ist zunehmend leergefegt, und dieser Mangel an Betreuungskräften wird sich in den nächsten Jahren noch deutlich verstärken. Nein – allein der Bau neuer Kindertagesstätten für weitere Betreuungsplätze ist nicht zielführend! "Was machen wir denn mit neuen Kitas, mit neuen Betreuungsplätzen, wenn wir sie mangels Personal nicht mehr betreiben können"? Diese Frage bewegt den geschäftsführenden Vorstand des Landesverbandes schon eine längere Zeit.

"Wir müssen die Kinderbetreuung neu denken und auch den Mut zu innovativen, unkonventionellen Modellen und Lösungsansätzen haben", so Landesvorsitzender Faißt. Die bisherigen Betreuungsformen brauchen neue Alternativen. Die Politik muss sich gemeinsam mit allen Beteiligten fragen, was wir für Familien tun können, damit auch in Zukunft eine sinnvolle Vereinbarung von Familie und Beruf möglich ist. Der Vergleich mit der Wirtschaft liegt hier auf der Hand: Stellen Wirtschaftsunternehmen fest, dass die Ressourcen knapp werden, suchen sie nach Produktneuentwicklungen oder vereinfachen die Produktion, auch wenn es auf den ersten Blick wie ein vermeintlicher Rückschritt wirkt.

Deshalb müssen wir über die Grundparameter neu nachdenken, damit eine familiengerechtere Politik möglich wird. Es kann in erster Linie nicht unbedingt der Staat Abhilfe schaffen, der die Leistungen für die Kinderbetreuung dann wieder auf die Kommunen abwälzt. Vielleicht ist es auch notwendig, dass die Politik gemeinsam mit der Wirtschaft neue Modelle entwickelt", so der Landesvorsitzende.

Flexiblere Arbeitszeiten, mehr Betreuungsmöglichkeiten in den Betrieben, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Mütter oder Väter, die länger in Elternzeit bleiben, sind gute Ansatzpunkte. Die Möglichkeit, eine geringe Stundenzahl zu arbeiten, z.B. ein oder zwei Tage in der Woche und dennoch durch soziale Netzwerke oder einen Heimarbeitsplatz ganz nah am Betrieb zu bleiben, wäre eine weitere Lösungsmöglichkeit. Dann könnten Eltern wieder verstärkt und nahtlos in den Beruf einsteigen, wenn die Kinder etwas älter sind. Solche sozialen Netzwerke könnten auch gegenseitige Betreuungsmöglichkeiten durch Eltern ermöglichen und unterstützen.

Aufgabe der Politik und auch der Wirtschaft ist es, nicht nur institutionelle Kinderbetreuung und die klassische Tagespflege durch Tagesmütter, sondern eben auch solche neuen Netzwerke gemeinsamer Elternbetreuung zu fördern. Dies sind lt. Landesvorsitzender Faißt nur einige der Ideen, um die fehlenden Kinderbetreuungsplätze und das fehlende Betreuungspersonal auszugleichen.

Paare entscheiden sich doch ganz bewusst für Kinder. Sie sollen deshalb auch die Möglichkeit und Sicherheit bekommen, diese Lebenseinstellung umzusetzen. Wenn es die Sicherheit gibt, auch noch nach vielleicht 10 Jahren Familienpause mit Teilzeitbeschäftigung nach wie vor gut qualifiziert im Berufsleben durchzustarten und Arbeitszeit aufzustocken, dann entspannt sich vielleicht die Lage auch bei der Betreuung der Kinder unter drei Jahren und im Kindergartenalter. Allerdings nennt der Freie Wähler Landesvorsitzende eine wichtige Grundvoraussetzung für die Akzeptanz dieser Lösung: Voraussetzung für ein Erfolg dieses Modells ist, dass das aktive Familienmanagement einer Mutter eine gerechte Anerkennung für ihre Arbeit bekommt und nicht als "Hausfrauendasein" eine mehr als kümmerliche Beachtung findet. Heute umfasst das sogenannte Familienmanagement bei weitem nicht nur den privaten Haushalt. Gesundheit, Ernährung, Erziehung, Bildung, Förderung von Talenten der Umgang mit Medien, ... die Anforderungen sind heute in allen Bereichen höher geworden.

Und vergessen wir dabei nicht, dass oft Elternteile, die bewusst für die Familie zu Hause bleiben, auch noch freibleibende Zeitfenster ins Ehrenamt stecken. Sie engagieren sich dabei nicht nur für die eigenen Kinder in der Kita oder in der Schule, sondern übernehmen im Verein oder der Kirchengemeinde Verantwortung für ganze Gruppen und Kreise. Diese Tätigkeiten sollten auch die Wertschätzung erhalten, die sie verdienen. "Wir meinen, dass wir hier zu Recht die Frage stellen dürfen, warum z. B. ehrenamtliche Tätigkeiten nicht mit auch Rentenanwartschaftszeiten belohnt werden sollten"? Hier ist auch die Bundespolitik gefragt.

Landesvorsitzender BM Wolfgang Faißt wird noch deutlicher: „Familie ist das Wichtigste - dieses Zitat höre ich so oft - aber halten wir die Werte der Familie

wirklich so hoch? Ist es nicht manchmal so, dass wir vor lauter Trends, den eigentlichen Sinn der Familien mit ihrer Erziehungsarbeit vergessen"?

Es ist notwendig und wichtig, dass gut qualifizierte Eltern sich in ihrem Beruf entfalten können, aber vielleicht auch 'mal ohne die Hektik und ständige Zeitnot, die Vollbeschäftigung und Familie so schwer mit sich vereinbaren lässt. "Schaffen wir dazu die notwendigen Voraussetzungen, eben durch eine stärkere Einbindung der Wirtschaftsunternehmen sowie eine finanzielle Absicherung für alternative Betreuungsmodelle. "Wir sollten nicht über den Mangel an Betreuung klagen, lassen Sie uns neue Wege gehen, sehen wir die Krise als Herausforderung, denn gerade wir in Baden-Württemberg können auf eine lange Reihe kluger Köpfe zurückschauen, die immer wieder Lösungen und innovative Ideen entwickelt haben", fordert der Landesvorsitzende und er hat noch einen weitergehenden Lösungsansatz: Was spricht z. B. gegen die Einrichtung eines Arbeitskreises auf Landesebene, um solche Zukunftslösungen gemeinsam zu erarbeiten? "Wir brauchen dringend neue auch andere Lösungen für diese Aufgabe", so Landesvorsitzender Wolfgang Faißt. Aber warum kommt dieses Thema jetzt bei den Freien Wählern auf die Tagesordnung? Das liegt daran, weil sich vor der Bundestagswahl nahezu alle Parteien eine stärkere Förderung der Familien und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie/Pflege auf die Fahnen geschrieben haben. Fragen Sie ihre Wahlkreiskandidaten/innen, welche neuen Arbeitszeitmodelle sie sich vorstellen können. Fragen Sie auch, wie eine bessere steuerliche und rentenmäßige Absicherung der Arbeit von Frauen bzw. Elternteilen und deren Erziehungsleistung aussehen könnte. Und warum sollten Sie das tun? Weil es unsere wichtigste Aufgabe in den Kommunen ist, gute Lebensbedingungen zu schaffen und weil wir immer nach der besten Lösung suchen. Unsere Zukunft braucht neue Ideen - helfen Sie mit.

Ansprechpartner bei weiteren Fragen:

Landesvorsitzender BM Wolfgang Faißt mobil: 0163 – 7061 120 oder Festnetz 07159-924-120; Weitere Informationen: Home: www.freiewaehler.org
Der Landesverband der Freien Wähler Baden-Württemberg e. V. vertritt die Interessen von rund 10.000 Freien Wählerinnen und Freien Wählern im Land.